

„Bürgerforum zum Standortauswahlgesetz“:

Reine Alibiveranstaltung

Die fehlende Bürgerbeteiligung ist seit Jahrzehnten Generallinie in der Atompolitik. Auch das jetzt vorliegende Endlagersuchgesetz hat – neben zahlreichen Verfahrensmängeln – einen entscheidenden Geburtsfehler: Bürger/innen hatten bislang keine Möglichkeiten, auf das Gesetz Einfluß zu nehmen. Daran ändert auch das „Bürgerforum zur Endlagersuche“ nichts, das am ersten Juniwochende 2013 stattfinden soll.

Dieses „Forum“ leidet unter dem gleichen Zeitdruck und dem fehlenden politischen Willen zur gesellschaftlichen Debatte, wie das ganze Gesetzeswerk. Lediglich ein Wochenende für die ganze Bürgerbeteiligung, und nur fünfminütige Stellungnahmen für einige angemeldete Bürger/innen: Das ist eine Farce.

Wir, die Unterzeichnenden, lehnen dieses Bürgerforum als reine Alibiveranstaltung ab. Wir fordern eine echte Bürgerbeteiligung.

Bei der Erarbeitung des Endlager-Suchverfahrens standen wahltaktische und parteistrategische Erwägungen im Vordergrund. Für sachdienliche Sorgfalt fehlte die Zeit, für eine Bürgerbeteiligung fehlt nach wie vor der politische Wille.

▶ Das Suchverfahren wurde zwischen den am „Endlager-Konsens“ beteiligten Parteien ausgehandelt, unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

▶ Das Suchverfahren wird bereits umfassend gesetzlich geregelt, ohne die Empfehlungen der Endlager-Kommission abzuwarten.

▶ Für die Zusammensetzung dieser Endlager-Kommission ist bislang ein Übergewicht der Parteivertreter/innen geplant. Unabhängige Bürger/innen und Experten sind dagegen nur unzureichend vertreten. Unklar ist auch, ob die Kommission überhaupt realistische Möglichkeiten bekommen wird, auf Änderungen im fertigen Gesetz hinzuwirken.

▶ Parallel zur Kommission soll ein Bundesamt für kerntechnische Entsorgung seine Arbeit aufnehmen. Diese große Behörde wird die Arbeit der Kommission im Sinne der Parteien begleiten. Zudem ist nicht ausgeschlossen, dass sie den Kommissionsempfehlungen vorgreift und vollendete Tatsachen schafft.

Wir fordern Bundesumweltminister Altmaier auf, für eine echte Bürgerbeteiligung zu sorgen, die dem Gesetzgebungsverfahren vorgeschaltet ist.

Dazu gehört auch, dass die Kommission zur Endlagersuche nicht von Politiker/innen dominiert werden kann. Dort müssen mehrheitlich kenntnisreiche und vertrauenswürdige Menschen arbeiten, die von parteipolitischen Strategien und wirtschaftlichen Interessen unabhängig sind. Nur eine unabhängige Kommission kann das Vertrauen der Bürger/innen erwerben.

Ein Suchverfahren, das die Bürger/innen weitgehend ausschließt, wird die notwendige breite Akzeptanz in der Bevölkerung niemals erreichen. Für keinen Standort.

Unterzeichnende:

Bäuerliche Notgemeinschaft
Lüchow-Dannenberg

BI-Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Bündnis 90 / Die Grünen,
Kreisverband Lüchow-Dannenberg

BUND Lüchow-Dannenberg

Deutscher Gewerkschaftsbund
Kreisverband Lüchow-Dannenberg

DIE LINKE.Wendland

Gorleben-Gebet

Gruppe X im Kreistag Lüchow-Dannenberg

NaBu Lüchow-Dannenberg

Rechtshilfe Gorleben

SPD Uelzen / Lüchow-Dannenberg

Sozial-Oekologische-Liste Wendland (SOLI)

Unabhängige Wählergemeinschaft
Lüchow-Dannenberg

FDP Kreisverband Lüchow-Dannenberg

(Die Unterzeichnenden haben sich im „Schulterschluss Lüchow-Dannenberg“ zusammengeschlossen.)

Lüchow-Dannenberg, 29. Mai 2013